



DGSP · Zeltinger Strasse 9 · 50969 Köln

An den
Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses
im Deutschen Bundestag
Dr. Edgar Franke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bundesgeschäftsstelle:

Zeltinger Strasse 9
50969 Köln (Zollstock)
Telefon (0221) 51 10 02
Telefax (0221) 52 99 03
e-mail: dgsp@netcologne.de
Internet: <http://www.psychiatrie.de>



Mitglied der
World Federation
of Mental Health



Montag, 28. April 2014

Regelmäßige Berichte zur Lage der Psychiatrie – Stillstand und Teillösungen überwinden, Psychiatriereform weiterführen

Sehr geehrter Herr Dr. Franke,

In Ihrer Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag wendet sich heute die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) an Sie.

Mit diesem Schreiben fordert die DGSP die Einführung **regelmäßiger Berichte zur Lage der Psychiatrie**, um zu einer klaren Sicht auf die Problemlagen von Menschen mit einer psychischen Erkrankung zu gelangen, umfassende Reformen einzuleiten und die im Jahre 1975 mit der Psychiatrie-Enquete begonnene Psychiatriereform weiterzuführen.

Aus folgenden Gründen halten wir dies für unerlässlich:

- In der psychiatrischen Versorgung gibt es vielfältige Probleme, die verhindern, dass der „Leistungsberechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält“ (vgl. SGB I § 17).
- Darüber hinaus steht die Psychiatrie vor Herausforderungen, die neue Grundsätze und Standards erfordern. Diese müssen von Leistungsträgern und Leistungserbringern umgesetzt werden. Hier wird insbesondere auf die UN BRK verwiesen.
- Die derzeitige Psychiatrie ist gekennzeichnet durch einen Reformstau. Etliche gesetzliche Vorgaben warten auf ihre breite Umsetzung. Beispielhaft sei der Anspruch auf Soziotherapie für schwerst-psychisch erkrankte Menschen genannt. Es gibt lediglich in begrenzten Modellen Ansätze von Weiterentwicklung. Diese stehen jedoch isoliert und unzureichend vernetzt in der Psychiatrielandschaft.
- Neue fachliche Konzepte werden nicht oder nur punktuell umgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist der Ansatz des home-treatment.

Das alles hat Folgen für den einzelnen psychisch erkrankten oder psychisch behinderten Menschen sowie deren Angehörige. Diese Folgen können nicht länger hingenommen

werden. Insbesondere mit der zunehmenden Verbreitung psychischer Erkrankungen haben die direkt und indirekt von der Erkrankung / der Behinderung betroffenen Menschen, aber auch die breite Öffentlichkeit einen Anspruch auf umfassende Informationen.

Die Forderung im Detail

- **Bericht zur Lage der Psychiatrie**
Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der Psychiatrie vor. Die Berichte stehen unter bestimmten Fragestellungen. Jeder zweite Bericht – alle 8 Jahre – soll einen Gesamtüberblick über die Psychiatrie vermitteln. Neben Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Empfehlungen zur Weiterentwicklung enthalten.
- **Einsetzung einer Kommission**
Zu Beginn der Legislaturperiode wird eine Kommission eingesetzt, die trialogisch – *d.h. mit Vertreter_Innen von Patienten/Klienten, Angehörigen, professionell Tätigen* – besetzt ist und alle an der Versorgung beteiligten Akteure repräsentiert. Ihre Aufgabe ist es die Fragestellungen zu entwickeln, die Erstellung des Berichtes zu begleiten und den Bericht abschließend zu beraten. Sie macht Vorschläge für Modellvorhaben und Forschungsprojekte.
- **Diskussion auf Bundesebene, Landesebene, Kommunen**
Die Berichte sollen auf den unterschiedlichen Ebenen diskutiert werden und die Ergebnisse sollen in den jeweils folgenden Bericht Eingang finden.

Zwar existieren bereits einige Berichte, wie z.B. der Sozialbericht des BMAS oder der Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen, doch die bisher existierenden Berichtsformen bilden die Lebenswirklichkeit der Menschen mit psychischer Erkrankung nicht umfassend ab! Um es mit Bertold Brecht auszudrücken: *„So viele Berichte. So viele Fragen“*.

Im Anhang zu diesem Schreiben haben wir aus der Sicht des Fachverbandes für Sozialpsychiatrie die „Baustellen“ aufgelistet, die u.E. bearbeitet gehören. Zu diesen und anderen Themen bitten wir im von uns geforderten Bericht um Stellungnahme.

Um den Belangen psychisch erkrankter Menschen gerecht zu werden bitten wir Sie als Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag dringend, diese Forderung im Interesse der psychisch erkrankten Menschen und deren Angehörigen nach besten Kräften zu unterstützen, um so den derzeitigen Stillstand in der unvollendeten Psychiatriereform zu überwinden.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichem Gruß

Deutsche Gesellschaft für
Soziale Psychiatrie e.V.

Friedrich Walburg (Vorsitzender)

i.A. [Handwritten Signature]

Anlage

